

Bezirkswahlprogramm 2021 BV-Tempelhof-Schöneberg



FÜR MEHR SICHERHEIT UND EINE WIRKSAME VERBRECHENSBEKÄMPFUNG IN TEMPELHOF-SCHÖNEBERG	5
Mehr Polizeibeamte und eine bessere Ausstattung von Polizei und Justiz	5
Kontaktbereichsbeamte	5
Für eine moderne technische Ausrüstung unserer Polizei	5
Gewalt gegen Polizeibeamte und Rettungskräfte härter bestrafen	5
Freiwilliger Polizeidienst zur Verstärkung und Entlastung der regulären Polizei	5
Für eine effiziente Kriminalitätsbekämpfung	6
Jugendliche Intensivtäter – Schluss mit der Sozialromantik	6
Verbot der Straßenprostitution auf dem Kurfürstenkiez	6
Politischen Extremismus in jeder Erscheinungsform bekämpfen. Kein Rabatt für Linksextremisten	6
Religiöser Extremismus bedroht die Demokratie	7
BILDUNG	8
Realismus statt Sozialismus – Für Wettbewerb und Leistung	8
Differenzierung - Keine Gleichmacherei!	8
Förderschulen helfen lernbehinderten und verhaltensauffälligen Kindern	8
Unterrichtsgarantie statt Mandalas malen	8
Digitalisierung ist notwendig, aber kein Allheilmittel!	8
Deutsch als Schulsprache ist nicht verhandelbar!	9
Für Meinungsfreiheit und gegen Indoktrination	9
Islamisierung an unseren Schulen konsequent bekämpfen	9
Für altersgerechte Sexualerziehung	10
BESSER WOHNEN IM TEMPELHOF-SCHÖNEBERG	11
Mieten	11
Sozialer Wohnungsbau	11
Mieter entlasten, Grundsteuer abschaffen	11
Mietendeckel aufheben	11
Bauen	12
Mehr Wohneigentum für die Berliner	12
Genossenschaften stärker fördern	12
Dachgeschossausbau	12

Überbauung von Verkehrsanlagen	12
Überbauung von Flachbauten	12
Kleingärten	13
Tempelhofer Feld – Für den Volksentscheid	13
VERKEHRSPOLITISCHES KONZEPT TEMPELHOF-SCHÖNEBERG	14
Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)	14
Ideologiefreie Verkehrspolitik	14
JA zu Park & Ride	14
Ausbau des Linienstreckennetzes, insbesondere der U6 ab Alt-Mariendorf nach Lichtenrade	14
Regionalbahn Haltestellen auch in Mariendorf	14
Verlängerung der Buslinie 275 bis nach Blankenfelde/Mahlow	15
Parkraumbewirtschaftung	15
Schaffung von Quartiersgaragen für Kfz und Fahrräder	15
Barrierefreiheit	15
SOZIALES & FAMILIE	16
Soziale Marktwirtschaft statt staatlicher Planwirtschaft	16
Hilfe zur Selbsthilfe statt staatlicher Rundumversorgung	16
Sozialhilfe für Bedürftige	16
Eindämmung der kostenträchtigen Sozialindustrie	16
Strikte Begrenzung der das Sozialsystem belastenden Zuwanderung	17
Stabilisierung des Rentensystems durch Willkommenskultur für Kinder	17
WIRTSCHAFT	19
Förderung im Bezirk	19
Einkaufsstraßen und Ortsteilzentren	19
Wirtschaftsstandort und Arbeitsplätze ideologiefrei sichern	19
GESUNDHEIT	20
Medizinische Nahversorgung sicherstellen	20
Maßnahmen zur Corona-Bekämpfung mit Augenmaß	20
KULTUR & MEDIEN	21
Deutsche Sprache	21

Geschichte	21
Medien	22
<i>SPORT & FREIZEITAKTIVITÄTEN</i>	23
Mehr neue Sportflächen	23
Sanierung bestehender Sportflächen	23
Schwimmbäder	23

Für mehr Sicherheit und eine wirksame Verbrechensbekämpfung in Tempelhof-Schöneberg

Zu den wichtigsten Aufgaben des Staates gehört es, die öffentliche Sicherheit und Ordnung zu gewährleisten. Das Gewaltmonopol des Staates ist dazu da, die Bürger vor Kriminalität zu schützen und das Grundrecht auf Eigentum und Unversehrtheit der Person zu garantieren. Dies setzt eine handlungsfähige Polizei und ein leistungsfähiges Justizwesen voraus. In beiden Bereichen sehen wir in Berlin, insbesondere in Tempelhof-Schöneberg, großen Handlungsbedarf.

Mehr Polizeibeamte und eine bessere Ausstattung von Polizei und Justiz

Wir fordern, dass Polizei und Justiz zur Erfüllung ihrer Aufgaben eine deutliche Aufstockung ihres Personals erfahren sowie eine verbesserte Ausstattung erhalten. Wir wollen sicherstellen, dass unsere Beamten sich künftig wieder auf ihre Kernaufgaben, nämlich die Verbrechensvorbeugung und die Verbrechensbekämpfung („Schützen statt Blitzen“), konzentrieren können. Um die Leistungsfähigkeit unserer Polizei langfristig zu gewährleisten, fordern wir im Einzelnen:

Kontaktbereichsbeamte

Wir setzen uns für einen verbesserten Polizeischutz in den Außenbezirken sowie für die Rückkehr zu einer bürgernahen Polizeipräsenz mit örtlichen Kontaktbereichsbeamten in den innerstädtischen Ortsteilen ein. In besonders kritischen Bereichen ist die Polizeipräsenz deutlich zu erhöhen. Die AfD steht für eine „Null-Toleranz-Politik“. Sogenannte „No-go-Areas“ darf es weder in unserem Bezirk noch anderswo in Berlin geben.

Für eine moderne technische Ausrüstung unserer Polizei

Zahlreiche technologische Innovationen können zum Schutz unserer Polizeibeamten beitragen und ihre Arbeit sinnvoll ergänzen. Neben dem flächendeckenden Einsatz von Bodycams und Tasern fordern wir zudem die Videoüberwachung an ausgewählten Kriminalitätsschwerpunkten.

Gewalt gegen Polizeibeamte und Rettungskräfte härter bestrafen

Die Gewaltausschreitungen gegen Polizeibeamte haben in Berlin drastische Ausmaße angenommen. Wir fordern daher eine deutliche Verschärfung des § 113 StGB („Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte“), so dass nicht nur die Vornahme einer polizeilichen Diensthandlung, sondern schon die hoheitliche Streifentätigkeit eines im Dienst befindlichen Polizisten geschützt wird. Wir sind für die Schaffung eines neuen § 113a StGB, der zukünftig Gewalteinwirkungen jedweder Art auf Vollstreckungsbeamte unter Strafe stellt.

Freiwilliger Polizeidienst zur Verstärkung und Entlastung der regulären Polizei

Wir fordern die Wiedereinführung eines freiwilligen Polizeidienstes zur Unterstützung der regulären Polizeibeamten, z.B. bei Großveranstaltungen.

Für eine effiziente Kriminalitätsbekämpfung

Handlungsbedarf besteht nach Auffassung der AfD insbesondere im Bereich der organisierten Kriminalität, der Jugendkriminalität sowie der Ausländerkriminalität. Die organisierte Kriminalität stellt eine besonders schwerwiegende Gefährdung des Rechtsstaates und eine erhebliche Herausforderung für die Demokratie dar. Kriminelle Familienclans, die in die organisierte Kriminalität verwickelt sind, sollen als kriminelle Vereinigungen eingestuft werden. Das durch organisierte Kriminalität erworbene Vermögen muss konsequent abgeschöpft werden können.

Jugendliche Intensivtäter – Schluss mit der Sozialromantik

Jugendliche Täter beginnen ihre kriminelle „Karriere“ immer früher. Es ist wichtig, diese Entwicklung rechtzeitig zu erkennen und zu unterbrechen.

Wir befürworten die Ausweitung beschleunigter Verfahren im Jugendstrafrecht bei leichten und mittleren Delikten (Neuköllner Modell). Jugendrichter brauchen mehr Entscheidungsspielraum im Rahmen freiheitsentziehender Maßnahmen. Die Lücke zwischen Arrest und Jugendstrafe muss geschlossen werden. Der Arrest von Jugendlichen soll, statt bisher vier Wochen, künftig bis zu drei Monaten möglich sein. Jugendstrafen sollen bereits ab drei, statt wie bisher ab sechs Monaten verhängt werden können.

Verbot der Straßenprostitution auf dem Kurfürstenkiez

Wir fordern die Ausweitung des Sperrgebietes für die legale öffentliche Prostitution auf ganz Berlin, insbesondere auch auf unserem Kurfürstenkiez. Das Verbot bezieht sich dabei ausschließlich auf den Straßenstrich. Die Prostitution in geschlossenen Räumlichkeiten bleibt davon unberührt.

Politischen Extremismus in jeder Erscheinungsform bekämpfen. Kein Rabatt für Linksextremisten

Wir sprechen uns gegen jede Form von Extremismus aus. Links- und Rechtsextremismus werden von uns gleichermaßen als Gegner der freiheitlich-demokratischen Grundordnung abgelehnt. Während der Rechtsextremismus zu Recht geächtet ist, wird die zunehmende Bedrohung durch den Linksextremismus häufig bagatellisiert oder gar als Mittel im „Kampf gegen rechts“, d.h. gegen das freiheitlich-konservative Bürgertum, toleriert.

Wir erwarten, dass Recht und Ordnung in allen Stadtteilen Berlins konsequent durchgesetzt werden und dass es keinen Rabatt für linksextreme Straftäter gibt.

Außerdem fordern wir eine Beendigung aller direkten und indirekten Förderprogramme für Linksextremisten und linksextremistische Organisationen. Vereine, die Kontakte zu derartigen Organisationen unterhalten, dürfen keine Steuergelder erhalten.

Islamischer Extremismus bedroht die Demokratie

Der islamistische Extremismus bedroht zunehmend unsere Sicherheit und unsere demokratische Grundordnung. Berlin hat sich zu einer Hochburg von Salafisten und Anhängern des Islamischen Staates (IS) entwickelt.

Wir fordern wirksame Programme zur Bekämpfung des um sich greifenden Islamismus, die schon präventiv an den Schulen ansetzen müssen. Der islamische Extremismus muss stärker überwacht werden, um potentielle Gefährder rechtzeitig identifizieren zu können.

Werbung für terroristische Organisationen, wie z. B. den IS, soll als Straftatbestand gewertet werden. Die AfD spricht sich dafür aus, jede Überwachung des öffentlichen und privaten Lebens durch eine „Scharia-Polizei“ zu unterbinden und mit allen rechtsstaatlichen Mitteln zu bekämpfen.

Bildung

Realismus statt Sozialismus – Für Wettbewerb und Leistung

Bildung ist kein Allheilmittel für gesellschaftliche Probleme. Sie hat die Aufgabe, junge Menschen auf das Leben vorzubereiten. Schulisches Lernen ohne Leistung und Anstrengung ist eine verhängnisvolle Illusion. Schüler müssen die Erfahrung machen, dass sich Leistung lohnt.

Die AfD setzt sich für eine pragmatische statt einer ideologischen Bildungspolitik ein und vertritt dabei ein realistisches Menschenbild. Wir stehen für die Beibehaltung eines transparenten Notensystems, statt der Verwässerung von Leistungsunterschieden.

Differenzierung - Keine Gleichmacherei!

Kinder haben unterschiedliche Eigenschaften, Interessen und Bedürfnisse. Bildungsgerechtigkeit bedeutet, jeden Schüler seinen Anlagen und Fähigkeiten entsprechend optimal zu fördern.

Wir sprechen uns für den Erhalt eines gegliederten Schulsystems in Berlin aus. Allen Tendenzen, die gleichmacherische Einheitsschule und den Einheitslehrer einzuführen, widersetzen wir uns.

Förderschulen helfen lernbehinderten und verhaltensauffälligen Kindern

Inklusion beeinträchtigt sowohl Schüler mit als auch Schüler ohne Förderbedarf in ihrer schulischen Entwicklung. Lehrer werden durch Inklusion unnötig zusätzlich belastet.

Die AfD steht deswegen für den Erhalt und die Erweiterung des Förderschulsystems mit einer verbesserten Durchlässigkeit. Hierfür müssen mehr Förderlehrer ausgebildet werden.

Unterrichtsgarantie statt Mandalas malen

2.000.000 Unterrichtsstunden werden pro Schuljahr im Land Berlin nicht planmäßig erteilt. Das sind 10% des gesamten Unterrichts. Unterrichtsausfall und nicht fachgerecht erteilter Unterricht bedeuten schlechtere Chancen für Schüler. Der Senat täuscht mit geschönten Statistiken darüber hinweg.

Die AfD fordert deswegen neue Kriterien zur Erfassung des tatsächlichen Unterrichtsausfalls. Vertretungsunterricht muss von Fachlehrern gegeben werden.

Digitalisierung ist notwendig, aber kein Allheilmittel!

Die Altparteien tun so, als sei Digitalisierung die Wunderwaffe zur Lösung sämtlicher Probleme im Schulwesen.

Wir wissen hingegen, dass wertebasierte Erziehung zu Tugend und Fleiß und zwischenmenschliche Beziehungen niemals durch Technik ersetzt werden können.

Als Ergänzung im Rahmen eines pädagogischen Gesamtkonzeptes sind digitale Anwendungen allerdings sinnvoll. Berlins Schulen sind jedoch im Bundesvergleich sehr schlecht auf die Nutzung von Online-Bildungsangeboten vorbereitet.

Durch Beendigung des Kompetenzwirrwarrs zwischen Senat und Bezirken wird die AfD eine zügige und bessere IT-Koordination erreichen. Ein zentrales Projektsteuerungsbüro für Schuldigitalisierung ist einzurichten. Dadurch können alle Schulen zeitnah mit digitaler Infrastruktur versorgt werden, was auch im Sinne der Chancengleichheit ist.

Deutsch als Schulsprache ist nicht verhandelbar!

Die deutsche Sprache und die ihr zugrunde liegende Kultur sind Grundlage, Leitmedium und Ziel sämtlicher Bildungsbemühungen. Pflege und Durchsetzung von Deutsch als Schulsprache innerhalb und außerhalb des Unterrichts müssen für alle Lehrkräfte selbstverständlich und verbindlich sein.

Die AfD schlägt daher vor, Deutsch als verpflichtende Schulsprache im Berliner Schulgesetz zu verankern. Wir setzen uns außerdem dafür ein, der deutschen Sprache in der frühkindlichen Bildung und in der Grundschule einen höheren Stellenwert beizumessen.

Für Meinungsfreiheit und gegen Indoktrination

Wir erleben zunehmend ein gesellschaftliches Klima, in dem Meinungskorridore eingeengt und Abweichungen vom politisch-korrekten Zeitgeist geächtet werden. Dogmatische Sichtweisen verfestigen sich leider auch im Politikunterricht an Berliner Schulen.

Die AfD setzt sich deshalb vehement dafür ein, dass im schulischen Rahmen und insbesondere im Politikunterricht das Indoktrinationsverbot („Beutelsbacher Konsens“) durchgesetzt wird. Die Erziehung zu freiem kritischem Denken und die Toleranz gegenüber anderen Meinungen müssen hochgehalten werden.

Islamisierung an unseren Schulen konsequent bekämpfen

Lehrer stellen fest, dass unser freiheitlich-demokratisches Wertesystem von vielen muslimischen Schülern zunehmend verachtet und mit Füßen getreten wird. Insbesondere die Meinungsfreiheit sowie das Recht auf Selbstbestimmung von Mädchen und Frauen sind durch falsche Toleranz an unseren Schulen gefährdet.

Die AfD zieht als einzige Partei die richtigen Schlüsse aus dieser Bedrohungslage: Wir fordern die kompromisslose Durchsetzung des Grundgesetzes im Rahmen von Schule und Unterricht. Das Neutralitätsgesetz ist weder auszuhöhlen noch abzuschaffen. Keine religiöse Orientierung rechtfertigt eine schulische Sonderbehandlung.

Für altersgerechte Sexualerziehung

Im erzieherischen Umgang mit der sich entwickelnden Sexualität von Kindern und Jugendlichen gehen zunehmend Sensibilität und pädagogisches Verantwortungsbewusstsein verloren. Die Frühsexualisierung an Berliner Schulen verletzt die natürlichen Schamgrenzen unserer Kinder. Sexuelle Minderheiten stehen immer mehr im Zentrum des Sexualkundeunterrichts.

Die Sexualerziehung ist in erster Linie Aufgabe der Eltern. Die AfD fordert, dass sich der Sexualkundeunterricht am Entwicklungsstand der Kinder orientiert und sich in der Hauptsache auf die Vermittlung von Informationen über das Zustandekommen menschlichen Lebens, die Gefahren ansteckender Krankheiten sowie Schutzmöglichkeiten beim Geschlechtsverkehr beschränkt.

Besser Wohnen im Tempelhof-Schöneberg

Die Lage auf dem Wohnungsmarkt in Tempelhof-Schöneberg hat sich eklatant verschärft. Das von der Senatsverwaltung selbstgesteckte Ziel für den Wohnungsneubau, welches von vornherein deutlich unter dem Bedarf lag, wurde nicht erreicht. Vor allem für Gering- und Mittelverdiener fehlt deshalb bezahlbarer Wohnraum.

Folgende Zielvorstellung stellen wir den Altparteien entgegen: Schnelle Erschließung potentieller Baugebiete, Einrichtung eines Baulandkatasters, Entrümpelung der Bauordnung, Beschleunigung des Bauantragsverfahrens, Rücknahme überbordender Vorgaben, schneller Ausbau von Dachgeschossen, Baulücken schließen, Baugrundnutzungsoptimierung durch Überbauung von Flachbauten, Aktivierung von Baugenossenschaften und der privaten Bauwirtschaft zur Erschließung aller am Markt befindlichen Möglichkeiten zur Schaffung neuen Wohnraums. Insbesondere wollen wir die Bürger beim Erwerb von selbstgenutztem Wohneigentum unterstützen.

Mieten

Sozialer Wohnungsbau

Die Hälfte der Bürger in Tempelhof-Schöneberg hat einen Anspruch auf einen Wohnberechtigungsschein (WBS). Während die Zahl der Anspruchsberechtigten immer weiter steigt, nimmt die Menge der zur Verfügung stehenden Sozialbauwohnungen für die anspruchsberechtigten Bürger immer weiter ab. Tempelhof-Schöneberg ist bei den Baufertigstellungen seit Jahren berlinweit unter dem tatsächlichen Bedarf. Eine Trendwende ist nicht in Sicht. Die Förderung für private Bauherren ist nicht attraktiv gestaltet, sodass diese sich am Sozialen Wohnungsbau beteiligen wollen.

Wir setzen uns dafür ein, die staatliche Förderung für den sozialen Wohnungsbau einzustellen. Anspruchsberechtigte Bürger müssen bedarfsgerecht versorgt werden und einen ihrem Einkommen entsprechenden Mietzuschuss erhalten.

Mieter entlasten, Grundsteuer abschaffen

Längst sind die Nebenkosten zur „zweiten Miete“ geworden. Dies betrifft insbesondere die Grundsteuer, die in Berlin erheblich höher ist als in anderen Städten.

Wir setzen uns daher für die Abschaffung der Grundsteuer ein.

Mietendeckel aufheben

Der Mietendeckel ist nach unserem Rechtsverständnis verfassungswidrig und schließt Geringverdiener vom Wohnungsmarkt aus. Vermieter schließen Verträge in der Regel nur noch mit zahlungskräftigen Bewerbern ab. Es besteht die Gefahr, dass sich ein Schwarzmarkt bildet, so wie es in anderen europäischen Städten mit Mietendeckel bereits der Fall ist.

Wir sind für die Abschaffung des Mietendeckels in Berlin, denn er behindert nicht nur die Instandhaltung bereits vorhandener Gebäude, sondern verhindert auch den Bau von neuen Wohnungen und bevorteilt am Ende vor allem diejenigen Mieter, die auf einen Mietendeckel überhaupt nicht angewiesen sind.

Bauen

Mehr Wohneigentum für die Berliner

In Berlin leben nur 15 % der Haushalte in der eigenen Wohnung, deutschlandweit sind es 45 %. Wohneigentum schützt vor Gentrifizierung und Altersarmut.

Wir wollen mehr Mieter zum selbstgenutzten Wohneigentum verhelfen, indem wir die Bürger mit eigenkapitalersetzenden Bürgschaften beim Eigentumserwerb unterstützen. Wer über ein ausreichendes Einkommen zur Bedienung eines Wohnungskredits verfügt, diesen aber wegen fehlenden Eigenkapitals von den Banken erhält, soll eine öffentliche Bürgschaft für die Finanzierung seiner Wohnung erhalten.

Genossenschaften stärker fördern

Wir wollen durch die Förderung des Genossenschaftswesens mehr Bürgern zu Wohnraum verhelfen. Denn Wohnungsbaugenossenschaften stellen neben dem Wohneigentum die beste Form günstigen und hochwertigen Wohnens dar. Da durch das Genossenschaftsmodell jeder Mieter auch Miteigentümer ist, haben Genossenschaften ein Eigeninteresse an der Erhaltung ihrer Bestände und der Gewährleistung tragbarer Mieten.

Wir wollen deshalb Genossenschaften bei der Vergabe landeseigener Baugrundstücke bevorzugen. Dies gilt auch für den Fall der Privatisierung öffentlicher Wohnungsbestände.

Dachgeschossausbau

Das Potenzial für neuen Wohnraum in Dachgeschossen ist in unserem Bezirk noch lange nicht ausgeschöpft. Schätzungsweise könnten in den Dachgeschossen ca. 4.000 neue Wohnungen entstehen.

Wir fordern, dieses Potenzial an Wohnraumbeschaffung zu nutzen und den Dachgeschossausbau attraktiv zu fördern.

Überbauung von Verkehrsanlagen

Flächen für den Wohnungsbau und für die soziale Infrastruktur zu generieren, ist eine besondere Herausforderung. Hier hat der Bezirk aber viele Potenziale, die bei weitem noch nicht in den Blick genommen worden sind. So bestehen unzählige Bahn- und Verkehrsanlagen, die sich baulich in einer Trog- bzw. Tieflage befinden. Stadträume, die durch eben solche tiefliegenden Verkehrsanlagen getrennt sind, sollten durch Überbauung neu verbunden werden.

Wir fordern daher, die geeigneten Flächen zu identifizieren, die sich für eine Überbauung besonders gut eignen, damit diese im Anschluss für den Wohnungsbau und die soziale Infrastruktur baulich genutzt werden können.

Überbauung von Flachbauten

Innerstädtische Supermarktflachbauten mit ihren Außenanlagen sind ein klassisches Beispiel für einen übermäßigen Flächenverbrauch. Durch Neustrukturierung dieser Flächen ist eine Mehrfachnutzung möglich, wie z.B. die Unterbringung zusätzlicher Gewerbeeinheiten oder die Schaffung neuen Wohnraums.

Wir sprechen uns für einen effizienteren Flächenverbrauch zugunsten des Wohnungsbaus inklusive adäquater Nahversorgung der Anwohner aus.

Kleingärten

Die Kleingartenkolonien in Tempelhof-Schöneberg sind ein wesentlicher Bestandteil des Berliner Stadtgrüns und tragen zum Erhalt der biologischen Vielfalt bei. Sie stellen für die Innenstadtbewohner eine der wenigen wertvollen Erholungsmöglichkeiten dar.

Wir fordern, dass in Tempelhof-Schöneberg keine Kleingartenkolonien zugunsten der sozialen Infrastruktur oder des Wohnungsbaus geopfert werden. Der Bestand aller Kleingartenkolonien ist dauerhaft zu sichern.

Tempelhofer Feld – Für den Volksentscheid

Kreative Vorschläge zur Bebauung des Tempelhofer Feldes liegen bereits mannigfaltig vor. Eine Parkanlage mit See, Freizeit- und Sportanlagen und oder einer Wohnbebauung stellen nur einige der potenziellen Nutzungsmöglichkeiten dar. 2014 wurde jedoch im Rahmen eines Volksentscheides jegliche Bebauung abgelehnt. Wir als Partei der direkten Demokratie respektieren diesen Volksentscheid und somit den unmittelbaren Willen der Mehrheit der Bürger.

Für die Änderung des baurechtlichen Status fordern wir die Herbeiführung eines neuen Volksentscheides. Unverbindliche Meinungsumfragen als Legitimation für eine Bebauung reichen uns nicht aus.

Verkehrspolitisches Konzept Tempelhof-Schöneberg

Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)

Ideologiefreie Verkehrspolitik

Die autofeindliche Verkehrspolitik der Altparteien lehnt die AfD ab. Wir sind gegen ein flächendeckendes Tempolimit und Diesel-Fahrverbote.

Wir fordern den Rückbau der Tempo-30-Zonen auf den Bundesstraßen und Hauptverkehrsadern. Stattdessen setzen wir uns für eine funktionierende Grüne Welle mit Tempo 50 auf allen Hauptverkehrsstraßen in Tempelhof-Schöneberg unter Einsatz moderner Verkehrsleittechnik ein.

Baumaßnahmen im maroden öffentlichen Straßenraum, Straßenbau, Kabelerneuerung und Leitungsbau müssen zeitnah umgesetzt und miteinander koordiniert werden.

Alle Radwege sollen der Benutzungspflicht zur Gewährleistung einer höheren Verkehrssicherheit, gerade für die Radfahrer selbst, unterliegen. Wir wollen sichere Fahrradrouten, aber nicht zu Lasten des Autoverkehrs.

Defekte Fuß- und Radwege müssen zeitnah saniert werden.

JA zu Park & Ride

Wir fordern die sofortige Bedarfsplanung von Parkplätzen und Parkhäusern (Park & Ride) an der Tempelhof-Schöneberger Peripherie sowie am S-Bahn-Ring mit dem Ziel der langfristigen Verkehrsentlastung der B96. Einen Rückbau von bereits vorhandenen Parkplätzen lehnen wir ab.

Ausbau des Linienstreckennetzes, insbesondere der U6 ab Alt-Mariendorf nach Lichtenrade

Zur Entlastung der B96 fordern wir die schnellstmögliche Planung und Umsetzung des U-Bahn-Ausbaus der U6 bis mindestens Lichtenrade, besser noch bis Mahlow. Wir brauchen ein leistungsfähiges Verkehrsmittel, das eine tatsächliche Alternative für (Berufs-)Pendler zum motorisierten Individualverkehr darstellt. Die Verkehrspolitik der Altparteien verhindert bisher die gute Anbindung der Mariendorfer und Lichtenrader Anwohner an den ÖPNV.

Den Bau einer Straßenbahn lehnen wir ab. Sie ist nicht in der Lage, einen so stark frequentierten Bereich hinreichend zu versorgen.

Regionalbahn-Haltestellen auch in Mariendorf

Wir brauchen zusätzliche Haltestellen für die Regionalbahn an den S-Bahnhöfen Buckower Chaussee und Schöneberg sowie den Bau eines zusätzlichen S-Bahnhofes mit Anschluss an den Regionalverkehr am Kamenzer Damm. Diese Haltestellen haben Schlüsselstellungen bei der Anbindung an unsere Gewerbegebiete in Tempelhof-Schöneberg und erhöhen deutlich die Attraktivität des ÖPNV, insbesondere für Berufspendler. Zudem tragen sie zur Entlastung der B96 und B101 bei.

Verlängerung der Buslinie 275 bis nach Blankenfelde/Mahlow

Wir fordern eine Streckenverlängerung der Buslinie 275 bis nach Blankenfelde/Mahlow, um die B96 zu entlasten und die geringere Taktung der S-Bahn-Linie 2 während der Baumaßnahmen der Dresdner Bahn auszugleichen.

Parkraumbewirtschaftung

Einführung einer Parkraumbewirtschaftungszone nur durch positiven Anwohnerentscheid! Die von den Altparteien durch obrigkeitliche Verfügung angestrebte Parkraumbewirtschaftung lehnen wir ab.

Schaffung von Quartiersgaragen für Kfz und Fahrräder

Anders als die Altparteien wollen wir Parkplätze nicht abschaffen, sondern ihnen ausreichend Raum bieten. In verdichteten Berliner Innenstadtlagen sollen attraktive Quartiersgaragen in ausreichendem Umfang errichtet werden.

Fallen bei baulichen Maßnahmen Stellplätze weg, sind diese in unmittelbarer Umgebung zu ersetzen. Neubauprojekte müssen zwingend wieder mit entsprechender Schaffung von Stellplätzen gekoppelt werden.

Barrierefreiheit

Die AfD setzt sich für die barrierefreie Gestaltung des gesamten Verkehrsraumes in Tempelhof-Schöneberg ein. Für Menschen mit Mobilitätseinschränkungen fordern wir daher ausreichend Parkplätze an S- und U-Bahnhöfen sowie entsprechend vereinfachte Zugänge zu den Gleisen.

Wir sehen ebenso die Notwendigkeit entsprechender Hilfsmittel, wie z. B. abgesenkte Bordsteine, akustische Ampelsignale oder Rillenplatten für Blindenstöcke.

Gerne möchten wir durch Konsultationsverfahren die Erfahrungswerte und die Wünsche betroffener Bürger in eine bedarfsgerechte Planung mit einfließen lassen

Soziales & Familie

Soziale Marktwirtschaft statt staatlicher Planwirtschaft

Die AfD bekennt sich zum Prinzip der Sozialen Marktwirtschaft als bewährter Grundlage wirtschaftlicher Prosperität, d.h. zum Prinzip eigenverantwortlichen wirtschaftlichen Handelns unter Garantie des Privateigentums und der Freiheit der Märkte als wesentlicher Voraussetzung der Regulierung des Wirtschaftslebens. Die unter dem starken Einfluss linksgrüner Politikkonzepte seit einigen Jahren in Deutschland zunehmende Tendenz zu planwirtschaftlichen Eingriffen, die sich in der Corona-Krise weiter verschärft hat, richtet enormen Schaden an, wie an den Folgen der Energiewende, der Maßnahmen gegen den Verbrennungsmotor und ganz besonders des in Berlin eingeführten Mietendeckels zu erkennen ist.

Hilfe zur Selbsthilfe statt staatlicher Rundumversorgung

Wir befürworten eine Grundsicherung in sozialen Notlagen, wollen aber keinen den Bürger entmündigenden sozialistischen Betreuungsstaat. Aufgabe des Sozialstaates ist es nicht, die Lebensverhältnisse aller Menschen anzugleichen, sondern denen zu helfen, die sich nicht selbst helfen können. Der beste Schutz gegen Krankheit und Armut sind intakte Familien, Bildung und Arbeit auf dem ersten Arbeitsmarkt.

Grundsicherung und Sozialhilfe für Bedürftige

Sozial Bedürftige müssen sich der gesellschaftlichen Hilfe sicher sein können, zumal viele von ihnen selbst durch ihre Beiträge Hilfe ermöglicht haben. Im Gegenzug sind sie aber angehalten, die von den Sozialbehörden vorgegebenen Regelungen zur Vermeidung berechtigter Sanktionen einzuhalten und aktiv an allen Bemühungen um Eingliederung in den Arbeitsmarkt mitzuwirken.

Eindämmung der kostenträchtigen Sozialindustrie

Im Verlauf des immer weiter fortschreitenden Ausbaus des deutschen Sozialsystems hat sich mit einer Vielzahl von Organisationen und Firmen, sogenannten Freien Trägern, geradezu eine Wohlfahrts- und Sozialindustrie entwickelt, die große Mengen an staatlichen Geldern für sich abzweigt und insofern an einem Rückgang sozialer Bedürftigkeit, von der sie ja lebt, gar nicht interessiert ist. Vielfach dienen diese Einrichtungen als Versorgungsanstalten für Sozialarbeiter und Sozialpädagogen oder Personen mit ähnlicher Qualifikation, für die auf dem Arbeitsmarkt kein Bedarf besteht. Diese das Sozialsystem insgesamt eher belastende als fördernde Wohlfahrts- und Sozialindustrie muss im allgemeinen Interesse durch systematische Überprüfung ihrer Effizienz und Mittelverwendung strengen Kontrollen unterworfen und so auf Dauer eingedämmt werden.

Strikte Begrenzung der das Sozialsystem belastenden Zuwanderung

Im Interesse der Aufrechterhaltung der Stabilität unseres Sozialsystems ist die immer noch anhaltende Zuwanderung von Menschen, die aufgrund fehlender Bildungsvoraussetzungen keine Chance auf dem deutschen Arbeitsmarkt haben, oftmals lebenslang auf staatliche Transferleistungen angewiesen sind und in einigen Jahrzehnten das Rentensystem belasten, ohne je darin eingezahlt zu haben, strikt zu begrenzen. Schon jetzt übersteigen die jährlichen Ausgaben für die Bewältigung der Asyl- und Migrationsfolgen den Etat des Bundesministeriums für Bildung und Forschung, der mehr als 18 Milliarden EURO umfasst. Statt Investitionen in die Asyl- und Migrationsindustrie brauchen wir massive Investitionen in Kultur, Bildung und Forschung, wenn wir die Leistungsfähigkeit unserer Sozialsysteme langfristig erhalten wollen

Stabilisierung des Rentensystems durch Willkommenskultur für Kinder

Die gegenwärtige Krise des Rentensystems ist eine Folge der ungünstigen demografischen Entwicklung seit den 70er Jahren des vergangenen Jahrhunderts, d.h. des Rückgangs der Geburtenrate unter die bestandserhaltende Rate von 2,1 Kindern je Frau, wodurch einer kontinuierlich abnehmenden Zahl von sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten eine kontinuierlich wachsende Zahl von Rentnern gegenübersteht. Bei weiterer Fortdauer dieser Entwicklung sind die Folgen absehbar: zunehmende Altersarmut und schließlich Zusammenbruch des ganzen Systems.

Eine realistische Perspektive, diese katastrophalen Folgen abzuwenden, besteht allein im Ergreifen energischer Maßnahmen zur Umkehr der demografischen Entwicklung, so dass auf längere Sicht ein die Leistungsfähigkeit des Rentensystems sicherndes Verhältnis von Einzahlern und Rentenbeziehern wiederhergestellt wird. Mit anderen Worten: Es müssen mehr Kinder geboren werden, so dass eines Tages die Geburtenrate den Abgang durch Todesfälle wieder ausgleicht oder sogar übersteigt.

Dies wollen wir durch folgende familienfreundliche Maßnahmen erreichen:

- Zur Herstellung der Lastengerechtigkeit zwischen Familien und Kinderlosen sollen die Beiträge der Eltern zur Rentenversicherung in Höhe von 20.000 EURO pro Kind aus Steuermitteln ohne Absenkung der erreichten Rentenansprüche erstattet werden. Falls noch keine Beiträge in dieser Höhe gezahlt worden sind, ist eine Verrechnung mit den künftigen Beiträgen vorzunehmen.
- Junge Familien, die noch nicht von der genannten Lastengerechtigkeit profitieren können, sollen durch einen Ehe-Start-Kredit unterstützt werden. BAföG-Empfängern soll bei einer Geburt während der Ausbildung bzw. während des Studiums die Rückzahlung erlassen werden.
- Der Wiedereinstieg von Eltern nach der Babypause soll durch nach Kinderzahl gestaffelte Lohnsubventionen an die Arbeitgeber vereinfacht werden. Mit einsetzender Wirkung der aktivierenden Familienpolitik muss familienfreundlicher Wohnraum gefördert werden, vor allem für Mehrkinderfamilien.
- Die Fähigkeit zu privater Altersvorsorge soll gestärkt werden durch Anlage eines Spardepots für jedes neu geborene Kind mit deutscher Staatsangehörigkeit, in das der Staat 100 EURO pro Monat bis zum 18. Lebensjahr des Kindes einzahlt (bei laufender Überprüfung der Höhe dieses Beitrags und Anpassung an die Inflationsrate).

Die Einnahmesituation der Rentenkasse wäre durch folgende Maßnahmen zu steigern:

- Abschaffung der mit keiner Einzahlung in die Rentenkasse verbundenen großzügigen Politikerpensionen, d.h. Verpflichtung von Politikern, auch ihrerseits in die Gesetzliche Rentenversicherung einzuzahlen.
- Einbeziehung neu eingestellter Staatsbediensteter in die Gesetzliche Rentenversicherung durch Reduzierung des Beamtenstatus auf originär hoheitliche Aufgaben.
- Einbeziehung Selbständiger in die Gesetzliche Rentenversicherung, soweit sie nicht nachweislich eine private Versicherung zur Altersvorsorge abgeschlossen haben.

Wirtschaft

Tempelhof-Schöneberg ist einer der größten und aufgrund seiner Lage attraktivsten Wirtschaftsstandorte in Berlin. Mit seiner räumlichen Nähe zum BER wird unser Bezirk noch weiter an Attraktivität als Wirtschaftsstandort gewinnen. Wirtschaftspolitik ist Standortpolitik. Infrastrukturinvestitionen müssen stärker darauf ausgerichtet werden, den Wirtschaftsstandort Tempelhof-Schöneberg als Ansiedlungsstandort für neue innovative Unternehmen noch interessanter zu gestalten.

Förderung im Bezirk

Die bezirkliche Wirtschaftsförderung muss vor allem eine direkte Anlaufstelle für Investoren, Neugründer und ortsansässige Unternehmen werden. Die Anlaufstelle soll im Rahmen gewerbeüblicher Genehmigungsverfahren beratend tätig und zu einer beschleunigten Bearbeitung von Anträgen beitragen.

Einkaufsstraßen und Ortsteilzentren

Zur Steigerung der Attraktivität und Sicherung des Einzelhandels in Einkaufsstraßen und Ortsteilzentren ist eine deutliche Erhöhung der Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum vonnöten. Dazu sind ausreichend Parkmöglichkeiten sowie eine sehr gute Erreichbarkeit mit den öffentlichen Verkehrsmitteln zu gewährleisten. Radverkehrsanlagen, wie auf dem Tempelhofer Damm geplant, lehnen wir im Interesse der Anwohner sowie der Erreichbarkeit und Belieferung der Gewerbetreibenden ab.

Wirtschaftsstandort und Arbeitsplätze ideologiefrei sichern

In unserem Bezirk sind viele leistungsstarke Unternehmen aus der Automobilbranche ansässig. Staatliche Förderungen der Elektromobilität und politisch ideologisierte Einschränkungen für den hier gebauten Verbrennungsmotor bedrohen viele bestehende Arbeitsplätze. Eine Abwanderung dieser Produktionsbetriebe und somit der Abbau vieler Arbeitsplätze stehen bevor. Die unternehmerische Freiheit wird zunehmend durch staatliche Reglementierungen eingeschränkt.

Wir setzen uns für die Förderung der inländischen Wirtschaft, insbesondere für den Erhalt ortsansässiger Produktionsbetriebe ein. Bestehende Arbeitsplätze sollen erhalten bleiben und zusätzliche geschaffen werden.

Gesundheit

Medizinische Nahversorgung sicherstellen

Für alle Bürger, insbesondere aber für Familien mit Kindern, mobilitätseingeschränkte Menschen und ältere Mitbürger, ist eine qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung in Wohnortnähe von zentraler Bedeutung. Ob ein Internist, ein Orthopäde oder ein Kinderarzt aktuell gebraucht wird – die ambulante Versorgung muss so organisiert sein, dass Fachärzte für alle Mitbürger leicht und schnell erreichbar sind.

Gleiches gilt auch für die angemessene Versorgung mit Krankenhausplätzen, die in unserem Bezirk durch die beabsichtigte Schließung des Wenckebach-Klinikums mitsamt Notaufnahme und Intensivstation gefährdet ist. Das Wenckebach-Klinikum ist eines von nur zwei Krankenhäusern in Tempelhof, und seine Schließung gefährdet vor allem die Versorgung der Bürger in Tempelhof, Mariendorf, Marienfelde und Lichtenrade. Die AfD ist die einzige Partei in der Kommunalpolitik von Tempelhof-Schöneberg, die sich diesen Plänen vehement widersetzt hat.

Ebenso fordern wir den Erhalt des Schlaganfall-Mobils (STEMO) am Standort Rettungswache Mariendorf, das gute Ergebnisse in der Versorgung von Schlaganfallpatienten vor allem in den südlichen Teilen des Bezirks geleistet hat. Nach öffentlichem Druck der AfD konnte seine vor einiger Zeit geplante Abschaffung vorerst verhindert werden.

Der medizinische Fortschritt ist wertlos, wenn Neuerungen nicht eingesetzt werden. Die AfD-Fraktion hat sich in der laufenden Wahlperiode für die Installation von lebensrettenden Laien-Defibrillatoren an wichtigen Orten im Bezirk eingesetzt. Sie sind leicht zu bedienen und können bei einem Herzinfarkt oder einem plötzlichen Herz-Kreislauf-Stillstand durch Abgabe eines Stromstoßes Leben retten.

Maßnahmen zur Corona-Bekämpfung mit Augenmaß

Die von der Bundesregierung getroffenen Maßnahmen beruhen auf konzeptionslosen, jeder langfristigen Strategie entbehrenden Augenblicksentscheidungen, die infolge ihrer Unverhältnismäßigkeit riesige wirtschaftliche und kulturelle Schäden und unzumutbare Belastungen im Zusammenleben der Bürger auf privater, gesellschaftlicher und politischer Ebene mit sich bringen. Um ihr Versagen zu vertuschen, fördert die Bundesregierung auf unverantwortliche Weise die Verbreitung von unnötigen Ängsten in der Bevölkerung und flüchtet sich in eine Ausweitung und Verschärfung von Maßnahmen, die aufgrund ihrer Wirkungslosigkeit eigentlich hätten zurückgenommen werden müssen.

Wir fordern daher, alle radikalen Lockdown-Maßnahmen, die verfassungsmäßige Grundrechte unverhältnismäßig einschränken und für die Mehrheit der Bevölkerung ohnehin unnötig sind, schnellstmöglich zu beenden und stattdessen den Schutz von Risikogruppen, also vor allem Insassen von Alters- und Pflegeheimen, in den Vordergrund zu rücken und vorrangig zu intensivieren.

Kultur & Medien

Wir treten entschieden für den Erhalt und die Pflege der überlieferten deutschen Kultur ein. Eine letztlich auf deren Zerstörung hinauslaufende Auflösung in einem orientierungslosen Multikulturalismus lehnen wir ab. Nur wer mit seinen eigenen kulturellen Voraussetzungen vertraut ist, kann auch fremde Kulturen verstehen und wertschätzen.

Deutsche Sprache

Die deutsche Sprache gehört zu den großen Sprachen der Welt. Sie hat sich seit ihren frühesten bekannten schriftlichen Zeugnissen im 8. Jahrhundert vielfältig entwickelt und in jeder Epoche ihre Tauglichkeit und Zukunftsfähigkeit als Medium der Alltagskommunikation wie der schriftstellerisch-literarischen Produktion bewiesen.

Schlecht bestellt um jede Sprache ist es stets, wenn sie Opfer von staatlichen Verordnungen und Zwangsmaßnahmen wird, wie sich schon vor Jahren bei der missglückten Rechtschreibreform des Deutschen gezeigt hat. Deshalb wenden wir uns entschieden gegen eine politisch verordnete und vermeintlich geschlechtergerechte deutsche Sprache (Gendersprech), die unserer Landessprache eine Zwangsjacke anlegen will und zu einem enormen Sprachverderb führen wird. Aktuell droht die zwangsweise Einführung des abstrusen Gendersprechs in die Behördensprache, also auch in den Schriftverkehr des Bezirksamtes Tempelhof-Schöneberg, der wir uns energisch widersetzen werden.

Die deutschsprachige Literatur, die in den zahlreichen Bibliotheken des Bezirks bereitgestellt wird, ist ein lebendiges Zeugnis gegen die sprachliche Verfallserscheinung des ideologischen Gendersprechs – als eines der Herrschaftsinstrumente einer bildungsfernen linksgrünen Funktionärsschicht, die das heutige Kulturleben weithin beherrscht. Wir schätzen daher die Bibliotheken des Bezirks auch als Sprachmittler und treten auch aus diesem Grund für ihre Förderung und Weiterentwicklung ein.

Geschichte

Voraussetzung für ein Verstehen der eigenen kulturellen Identität ist selbstverständlich auch die Vermittlung unserer Geschichte, und zwar nicht nur die Geschichte Deutschlands in seiner nationalen Gesamtheit, sondern auch die Geschichte der Region oder Kommune, die den engeren Lebensraum der Menschen ausmachen. Deshalb treten wir für die Pflege der Geschichte unserer Teilbezirke Tempelhof und Schöneberg in den kulturellen Einrichtungen des Bezirks, vornehmlich natürlich in den beiden Museen und in den Stadtbibliotheken, ein. Die Wiedereinführung eines eigenen Faches Heimatkunde in den Berliner Grundschulen sollte ernsthaft in Betracht gezogen werden.

Die Geschichte unseres Bezirks ist auch eine Geschichte des vielfältigen Widerstands gegen den Nationalsozialismus und gegen die über gut vierzig Jahre hinweg drohende kommunistische Gewaltherrschaft. Das Bayerische Viertel, die Erinnerungsstätte Notaufnahmelager Marienfelde, das Luftbrückendenkmal und das Rathaus Schöneberg, mit der vom amerikanischen Volk gestifteten Freiheitsglocke, stellen für uns eine ständige Verpflichtung dar.

Am 10. November 1989 konnte Helmut Kohl vom Rathaus Schöneberg aus, zusammen mit Willy Brandt, den Fall der Berliner Mauer am Vortag feiern. Unvergessen bleibt die Rede von J. F. Kennedy am 26. Juni 1963 am gleichen Ort.

Dieser Tradition fühlt sich die Alternative für Deutschland nach wie vor mit Herz und Verstand verpflichtet. Das Freiheitsgelöbnis der seit 1950 im Turm des Rathauses Schöneberg jeden Tag um 12 Uhr läutenden Freiheitsglocke, ist auch unser Motto: „Ich glaube an die Unantastbarkeit und an die Würde jedes einzelnen Menschen. Ich glaube, dass allen Menschen von Gott das gleiche Recht auf Freiheit gegeben wurde. Ich verspreche, jedem Angriff auf die Freiheit und der Tyrannei Widerstand zu leisten, wo auch immer sie auftreten mögen.“

Wir wenden uns in diesem Zusammenhang auch gegen ideologisch getriebene Straßenumbenennungen, mit denen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft im Interesse der linken Zählgemeinschaft der BVV Tempelhof-Schöneberg politisch zurechtgebogen werden sollen.

Medien

Die Alternative für Deutschland tritt für die Freiheit der Medien ein. Als Parlamentspartei fordern wir allerdings auch Fairness der Medien gegenüber unseren Wählern und unseren Mandatsträgern ein. In diesem Zusammenhang beklagen wir insbesondere die politisch einseitige Haltung der öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten vornehmlich zugunsten des etablierten links-grünen Parteienspektrums.

Dieser den Gebührenzahlern des überdimensionierten öffentlichen Rundfunk- und Fernsehbetriebs zugemutete politisch-mediale Einheitsbrei ist schon lange nicht mehr hinnehmbar. Wir vermissen in diesem Zusammenhang die Trennung von Bericht und Meinung und fordern, diesen leider in Vergessenheit geratenen journalistischen Grundsatz guter journalistischer Arbeit wieder herzustellen. Die Bürger unseres Landes, unserer Stadt und unseres Bezirks sind mündige Menschen, die keine Vorgaben für ihr Denken und für ihr Handeln benötigen.

Wir fordern für das Land Berlin die Abschaffung der Zwangsgebühren, der sogenannten Haushaltsgebühr für die Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland (ARD) mit ihrer Landesrundfunkanstalt Rundfunk Berlin-Brandenburg (rbb), für das Zweite Deutsche Fernsehen mit seinem Landesstudio Berlin sowie für das Deutschlandradio mit seinem Berliner Standort Deutschlandfunk Kultur. Dieses Zwangsgebührensysteem steht im Widerspruch zu dem Recht des Bürgers auf Freiheit der Mediennutzung. Es sollte jedem Bürger überlassen sein, inwieweit er das Angebot der öffentlich-rechtlichen Medien kostenpflichtig nutzen will.

Unabhängig von dieser generellen Forderung und einer zukünftigen strukturellen Umgestaltung der öffentlich-rechtlichen Medien in Deutschland fordern wir von den genannten Sendeanstalten das Angebot von bürgernahen Sendeformaten, die das kulturelle, politische und wirtschaftliche Leben in den Berliner Bezirken und damit auch in unserem Bezirk Tempelhof-Schöneberg zum Gegenstand haben.

Sport & Freizeitaktivitäten

Deutschland ist eine Sportnation. Turn- und Sportvereine haben in TeS eine lange Tradition und erfüllen wichtige gesellschaftliche Funktionen, wie die Förderung sozialer Kontakte, die Unterstützung der Gesundheitsvorsorge oder das Vorleben ehrenamtlichen Engagements.

Aktiver Sport vermittelt tragende Werte wie Geradlinigkeit, Wettbewerbsfähigkeit, Gerechtigkeitssinn, Ehrlichkeit, Disziplin, Pünktlichkeit, Ordnungssinn, Fleiß und Pflichtbewusstsein und ist ein identitätsstiftender Eckpfeiler unserer Gesellschaft. Der Zugang zu sportlichen Aktivitäten muss daher allen Bürgern in unserem Bezirk barrierefrei ermöglicht werden.

Mehr neue Sportflächen

Unser Bezirk ist nach wie vor unzureichend mit Sportanlagen ausgestattet. Dies gilt sowohl für den Vereinssport als auch für private sportliche Aktivitäten, wie z.B. Joggen, im öffentlichen Raum.

Wir fordern den Bau zusätzlicher Sportstätten sowie die Erweiterung oder den Umbau bereits bestehender Sportanlagen zur Verbesserung des Vereinssportangebotes. Ebenso sprechen wir uns für vereinsfreie Zugangszeiten zu den Sportflächen für vereinsfremde Freizeitsportler aus. Unsere Grünanlagen sollten um deutlich mehr Freisportbereiche wie Fitnessareale, Rundlaufwege und Trendsportbereiche erweitert werden.

Sanierung bestehender Sportflächen

Die Sparmaßnahmen der letzten Jahrzehnte haben an den ohnehin schon sanierungsbedürftigen Sportanlagen und schulischen Sportstätten ihre Spuren hinterlassen. Die ersten kleineren Sanierungen wurden zwar auf den Weg gebracht, waren aber bei weitem nicht ausreichend. Starke Einschränkungen für den Schul- und Vereinssport sind die Folge. *Wir fordern eine deutliche Investitionserhöhung für die Sanierung der schulischen und außerschulischen Sportanlagen. Alle bestehenden Sportflächen müssen wieder der vollumfänglichen Nutzung zugeführt werden können.*

Schwimmbäder

Die Sanierung der bezirklichen Schwimmbäder hat lange auf sich warten lassen. Der Abriss und der Neubau des Schwimmbades in der Götzstraße stehen nun kurz vor der Umsetzung. Die notwendige Sanierung des Schwimmbades im Ankogelweg ist bereits in der Planung. Nach Ansicht der Bäderbetriebe soll hier ein reines Freizeitbad entstehen.

Wir fordern, die Planung des Freizeitbades im Ankogelweg einzustellen und den Neubau in Form eines Kombibades (Hallen- und Sommerbad in einem) in Auftrag zu geben. Weitere Kapazitätseinschränkungen zu Lasten des Schul- und Vereinssports können wir nicht akzeptieren und sprechen uns für die Erhaltung und Modernisierung der benötigten Sportbecken aus.